



Zeitung



Zeitung

des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: S. Müller.

Inland.

Berlin, den 14. März. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den Ober-Bergamts-Assessor Freiherrn von Hövel zu Dortmund zum Ober-Berggrath; und den Land- und Stadtrichter, Kreis-Justizrath Schubert zu Neusalz, in Folge seiner Ernennung zum Direktor des Land- und Stadtgerichts zu Goldberg, zugleich zum Kreis-Justizrath des goldberger Kreises zu ernennen; den bei dem Geheimen Ober-Tribunal angestellten Justiz-Kommissarien Strohn und Meyer den Charakter als Justizrath; und dem Rentanten der Ober-Bergamts-Hauptkasse zu Brieg, Schulz, den Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen; dem Administrator der Stamm-Schäferei Frankenselde, Ober-Amtmann Ockel, und dem Guts-Administrator Fleck zu Beerbaum im ober-barnimschen Kreise, so wie ferner dem Ober-Amtmann Graff zu Münchenhof, im Kreise Alschersleben, den Titel „Oekonomie-Rath“ beizulegen.

Die „Deutsche Zeitung“ beschäftigt sich in einem leitenden Artikel mit der allerwärts angeregten Deutschen Bundesvertretung. Wir entnehmen dem Artikel das Folgende: Unser Wunsch wäre, daß der in der Heidelberger Versammlung ernannte Ausschuss, dem der Fortbetrieb des angefangenen Werkes anvertraut wurde, seine Entwürfe zu einer Bundesverfassung nicht auf einzelne Hauptzüge beschränkte, sondern in aller Vollständigkeit, mit aller Umsicht ausarbeitete, daß er aufrufe zur Einsendung von Vorschlägen, und daß er unverweilt zur Vereinbarung über die anzustrebende Bundesversammlung eine allgemeine Deutsche Versammlung beantrage. Die Zeit drängt, doch ist in jedem einzelnen Lande zunächst genug im Heimischen zu thun; ein so großes Werk will vorbereitet sein; die Aussicht auf den energischen Angriff desselben wird ohnehin zufriedenstellen und beruhigen. Es wäre selbstverständlich nicht nur zu wünschen, sondern auch darauf zu bestehen, daß ganz Deutschland, ganz Deutschland, auch Oesterreich, auch die Provinz Preußen, auch Schleswig bei dieser Zusammenkunft vertreten seien. Es wäre, um keinerlei Uebergewicht irgend eines Theiles bei der Verathung aufkommen zu lassen, nothwendig, daß ein Verhältniß der Vertretung und Stimmgebung beobachtet werde. Es wäre, um die Verathung einer so verwickelten und schwierigen Materie nicht zu sehr zu erschweren, nothwendig, daß die Zahl der Abgeordneten begrenzt und nicht zu groß sei. Wir wagen auch hier, um allen nutzlosen formalen Verathungen und Streitigkeiten vorzubeugen, einen Vorschlag zu machen. Die gegenwärtig versammelten Stände Deutscher Staaten wählen aus ihrer Mitte (in beiden Kammern) ein Zehntheil ihrer Gesamtzahl zu stimmberechtigten Abgeordneten. Die nicht versammelten Stände der einzelnen Staaten und der Provinzen von Preußen und Oesterreich suchen sich, je nach den Verhältnissen, zu eben einer solchen Wahl zu vereinigen. Ist dies bei der (unvermeidlichen) Kürze der Zeit in größeren Provinzen oder Staaten nicht möglich, so mögen Abgeordnete aus einem solchen Distrikte so viele als möglich an Ort und Stelle erscheinen, um dort aus ihrer Mitte die Zahl der sitz- und stimmberechtigten Mitglieder zu wählen. Es begreift sich von selbst, daß es in dem Drang der Umstände mit den Formalitäten nicht so genau zu nehmen ist. Alles Uebrige wird man der Versammlung selbst überlassen dürfen. Sie sollte in unserer Ansicht eine gänzliche loyale und patriotische Versammlung sein. Sie würde ihre Thätigkeit rein auf den in Frage stehenden Entwurf beschränken; sie würde den von ihr angenommenen Entwurf dem hohen Bundestage und dem öffentlichen Urtheile Deutschlands vorlegen; sie würde ihn mit nichts unterstützen, als mit dem Werthe, den ihre Arbeit in sich selbst trägt, und mit der moralischen Kraft, die eine solche Versammlung der edelsten aus dem ganzen Vaterlande, eine erste solche Versammlung, ihrer Arbeit mittheilen wird. Gefahr kann dieser Versammlung nicht innewohnen, sondern Rettung; die Rettung, die Einigung, die Kraft des Vaterlandes hängt an dieser Einen Frage. Wann sollen wir sie lösen, wenn nicht jetzt, wo ein nachbarvoll in furchtbarer und gefahrdrohender Haltung neben uns lagert, ein nicht minder gefährlicher Feind im Innern wüthet? Kommt der schlimmste Feind von

allen hinzu, unsere eigene Unthätigkeit und Schlawheit, unser Hinzögern der Zeit, unser Abwarten eines Maschinen-gottes, der uns helfen werde, so mag der lebendige Gott mit allen seinen Wundern zu uns stehen, oder dies theure Land mit allen seinen jungen Hoffnungen ist verloren.

Posen, den 15. März (Abends). Am Schlusse der heutigen öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten forderte der Vorsteher letztere auf, noch zu einer geheimen Sitzung versammelt zu bleiben. Nachdem darauf der Magistrat und das zahlreich anwesende Publikum sich entfernt hatten, trug der Vorsteher eine an die Stadtverordneten eingeschickte Aufforderung „eine Adresse, die Wünsche der Stadt Posen enthaltend, an Se. Majestät den König zu richten“, vor, worauf er die Frage stellte: ob der Gegenstand in öffentlicher oder geheimer Sitzung zur Besprechung gebracht werden solle? Das Kollegium entschied sich mit 17 gegen 7 Stimmen für die geheime Sitzung. Die zweite Frage lautete dahin: ob die Verathung sogleich eröffnet, oder der Gegenstand nach vertagt werden solle? Die Majorität war gegen die Vertagung. Hierauf begann die Debatte, in welcher der in Frage gestellte Gegenstand von allen Seiten beleuchtet wurde. Nach einstündiger Diskussion wurde die Frage: „Soll von der Stadt Posen eine Adresse an Se. Majestät den König gerichtet werden?“ mit 21 gegen 3 Stimmen verneint. Darauf wurde die Sitzung aufgehoben.

Berlin, den 13. März. Den Besitzern von Konditoreien und anderen öffentlichen Lokalen ist vorgestern, unter Androhung des Verlustes ihrer Gewerbe-Konzession, von Seiten der Polizei streng untersagt worden, sowohl politische Gesellschaften in ihren Lokalen zu dulden, als auch Volks-Adressen zum Unterzeichnen bei sich ferner auszulegen. Dadurch ist den Agitationen, welche seit einigen Tagen ohne Störung lebendigen Fortgang hatten, auf einmal der Hauptnerv unterbunden worden. — Während der letzten Nächte hielt eine starke Mannschaft das Zeughaus besetzt; unseres Erachtens war dazu gar kein Grund vorhanden, weil sämtliche Einwohner, selbst die Proletarier, sehr für Ruhe und Ordnung gestimmt sind.

Die Anwesenheit des an die Stelle des Prinzen Karl von Preußen zum Kommandeur des Sächs. (4ten) Armee-Corps berufenen Generals v. Hedemann wird hier mit Instruktionen in Verbindung gebracht, die er mündlich höheren Orts entgegen zu nehmen habe.

Aus vielen Städten treffen Deputationen hier ein. Die Breslauer wird morgen Audienz bei Seiner Majestät haben. — Als besondere Nachricht melden wir noch daß unser Magistrat, welcher bekanntlich zuerst mit 13 gegen 8 Stimmen eine Adresse zu bewerkstelligen abgelehnt hat, sich nun der Adresse der Stadtverordneten einstimmig angeschlossen und sie ganz zu der seinigen gemacht hat. Auch die Deputation der Volksversammlung hofft morgen vor den Thron zu gelangen. Sie hat allerdings zunächst nur eine entfernte Aussicht dazu, da ihre Hoffnung nur auf einer Antwort des Hofmarschallamtes beruht. Ihr soll morgen Mittag der definitive Bescheid zugehen. Unter den Petitionspunkten der Stadtverordneten befindet sich auch der auf Erkräftigung (Fortbildung) des Bundesverfassung. — Heute Abend findet wieder an den Zelten eine Volksversammlung statt; desgleichen morgen Abend. Es wird derselben von der Polizei abermals kein Hinderniß in den Weg gelegt.

Berlin. — (Schles. Ztg.) Die Vorbereitungen zu dem Appellationsverfahren im Posen-Prozesse sind nunmehr beendet und die Akten vor einigen Tagen vom Gerichtshofe erster Instanz dem Gerichtshofe zweiter Instanz zur Disposition gestellt, so daß die Vorberathungen des Appellationshofes in einigen Tagen werden beginnen können. Der Prozeß wird aber in zweiter Instanz sehr an Umfang und zugleich auch an Bedeutung verlieren, indem, dem Vernehmen nach, des Königs Majestät denjenigen der Angeklagten, von welchen statt der Appellation sofort der Gnadenweg eingeschlagen worden ist, eine sehr beträchtliche Milde- rung der erkannten Strafe bewilligt, und auch die vom Staatsanwälte ange-

brachte Appellation niedergeschlagen haben. Eine beträchtliche Verlängerung der Verhandlungen zweiter Instanz kann vielleicht durch die vielen Defensionalzeugen herbeigeführt werden, welche in zweiter Instanz vorgeschlagen sein sollen.

Breslau, den 13. März. Heute sind zwei Mitglieder der von dem Magistrat und den Stadtverordneten nach Berlin gesandten Deputation, die Herren Löffel und Köster zurückgekehrt. Da wir einem offiziellen Bericht derselben entgegensehen können, so theilen wir vorläufig nur mit, daß Sr. Maj. der König die Deputation am 11. März empfangen und sehr wohlwollend aufgenommen haben. Vorher hatte dieselbe eine Audienz bei Sr. Excell. dem Herrn Minister v. Bodelschwingh gehabt, welcher die Hoffnung aussprach, daß der König die Deputation gern sehen und den Dank für die Gewährung der Periodizität, sowie die etwaigen Wünsche der Stadt Breslau entgegennehmen würde. Gestern wurden die Herren Oberbürgermeister Pinder und Justizrath Gräff, als die Vorsteher des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung zur königlichen Tafel gezogen. Dieselben werden wahrscheinlich erst morgen zurückkehren.

Insterburg, den 9. März. (3. f. Pr.) Heute Morgens versammelte sich erst eine geringe Menge Arbeiter hiesigen Orts auf dem Marktplatz und verlangte von der Polizei Arbeit. Während der Magistrat sofort eine Berathung hielt, wie der Bitte am Füglichsten zu willfahren sei, vermehrte sich zusehends die Menge der Arbeitssuchenden durch Leute vom Lande, die gleichfalls ihre tägliche Beschäftigung in der Stadt zu suchen pflegen, noch bedeutend. Es währte jedoch nicht lange, so zerstreute sich die Menge und zog in kleinen Schaaren zu 20 bis 30 Mann durch die Stadt, hielt vor den Thüren der Wohlhabenden an und bat um Arbeit, oder Unterstützung. Ohne weitere Excesse erhielten sie letztere, die sie unter einander theilten. Mittlerweile war Seitens des Magistrats der Beschluß gefaßt, die Leute durch Arbeit im Stadtwalde zu beschäftigen.

Danzig, den 11. März. Beim Beginn der heutigen Gewerbeborse wurde nach einigen einleitenden Worten ein an die städtischen Behörden gerichteter Gesuch verlesen und von einer großen Zahl der Anwesenden unterzeichnet. Der Schluß desselben lautet: Wir ersuchen unsere verehrten städtischen Behörden, ungesäumt bei Sr. Maj. unserm Allergnädigsten König unter Versicherung unwandelbarer Treue der Stadt Danzig eine Petition dahin einzureichen: 1) daß Allerhöchstderselbe unbedingte Pressfreiheit, 2) Gleichstellung aller religiösen Bekenntnisse, 3) aber auch dahin Allergnädigst wirken wolle, daß Ost- und Westpreußen in den Deutschen Bund aufgenommen werde. Wir sind überzeugt, daß dieses unser Gesuch bei den städtischen Behörden eine geneigte Berücksichtigung finden werde. Danzig, den 9. März 1848. (Folgen die Unterschriften.)

Die Danz. Ztg. enthält folgende „Bitte an die königl. Behörden:“ Wir werden von höchst achtungswerther Seite ersucht, die königl. Behörden öffentlich zu bitten, die sich im Berenter Kreise kundgebende Mißstimmung nicht allzuleicht zu nehmen, und sind wir ermächtigt, auf Anfragen anzugeben, von wem uns Nachrichten über die dortigen Zustände zugegangen sind.

A u s l a n d.

D e u t s c h l a n d.

Dresden, den 11. März. Nicht ohne Grund spricht man von einem Congreß der Deutschen Regierungen, der in den nächsten Wochen zusammentreten soll, um zu berathen, wie der Deutsche Bund gekräftigt, die Nationalität der Deutschen gestärkt werde. An diesem Congreß werden dem Bernehmen nach mehrere Fürsten selbst Theil nehmen. Unter den Orten für diesen Congreß soll vorzugsweise auch Dresden in Vorschlag gekommen sein. Möge die Ruhe in Dresden und Sachsen nicht gefährdet werden, damit Sachsen es sei, wo wichtige, für ganz Deutschland hoffentlich Segen bringende Beschlüsse zu Stande kommen.

Die hiesige Kommunalgarde ist auf morgen früh zum Dienst aufgeboden worden, zwei Bataillone und die Reiterei sollen sich auf der Brücke aufstellen; ein Bataillon wird das Georgenthor besetzen und 2 Bataillone das Rathhaus am Altmarkt.

Leipzig, den 12. März. Nach der gestrigen Sitzung (um 4 Uhr) begaben sich die Stadtverordneten in das Konferenzzimmer auf dem Rathhause. Dort vereinigte man sich dahin, daß es den einzelnen Mitgliedern freistehen müsse, nachdem der Vorsteher im Namen des Collegiums geantwortet, an den Minister einige Worte zu richten. Um diese Redefreiheit zu sichern, begaben Vorsteher und Vicevorsteher sich zu dem in Leipzig eingetroffenen Minister von Carlowitz, um die Ansicht des Collegiums ihm mitzutheilen. Als er aber erklärte, daß er auf eine Diskussion sich nicht einlassen könne, sondern nur eine Mittheilung zu machen habe, die er später auch schriftlich geben werde, erklärten die Vorsteher, zufolge der vom Collegium dahin gegebenen Ermächtigung, daß in diesem Falle das Collegium von Anhörung des mündlichen Vortrags absähe, worauf man aus einander ging. Heute Morgen um 9 Uhr fand nun wieder eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten statt, in welcher die Mittheilung des Herrn Ministers von Carlowitz vorgelesen wurde. Sie lautete: „Ich verlange zunächst: 1) daß man sich aufregender Reden politischer Natur in der Stadtverordnetenversammlung fortan enthalte; 2) daß der Redeübungsverein und die Versammlung im Schützenhause jeder politischen Agitation fern bleibe; 3) daß das Umherziehen größerer Volksmassen und das Lärmen derselben abgestellt werde, oder dafern es bereits abgestellt, nicht wieder vorkomme; 4) daß der beabsichtigte Zug nach Dresden zur Ueberreichung einer Adresse oder sonstiger Manifestationen schlechterdings unterbleibe.“

In einer noch gestern Abend abgehaltenen Sitzung der Deputation der Stadtverordneten vereinigte man sich über folgende schriftlich abzugebende Antwort, welche

Advocat Koch als Referent vortrug und welche in allen vier Punkten einstimmig angenommen wurde. Das Collegium der Stadtverordneten erklärte demnach ad 1: Nach unserer Ansicht sind bisher gesetzlich strafbare, aufregende Reden politischer Natur in unseren Versammlungen nicht vorgekommen, wir müssen uns aber auch, zumal in Zeiten, wie die jetzigen, das Recht und die Pflicht der freien Meinungsäußerung wahren, und haben es daher Jedem anheimzugeben, das, was er sagt, vor dem Gesetze zu vertreten; ad 2: liegt ganz außerhalb des Geschäftskreises der Stadtverordneten, im Uebrigen muß von dem Rechte der Versammlung Dasselbe gelten, was oben ad 1 von dem Rechte der freien Meinungsäußerung gesagt worden ist. Die Stadtverordneten könnten als solche nur den Wunsch aussprechen, daß er sich in gesetzlicher Zeit fortbewegen möge; Garantien dafür zu übernehmen, liege außerhalb ihres Geschäftskreises. Ad 3: „Hat seit der vom Stadtrathe erlassenen Abmahnungen nicht wieder stattgefunden und ist auch eine Wiederholung nicht zu fürchten, dafern die Leipzig umgebenden Truppen schleunigst zurückgezogen werden,“ wozu Referent Koch bemerkt, wenn etwas die Ruhe störe, so habe es diese unglückselige Maßregel der Regierung, und der Vorsteher Werner hinzusetzt, daß er mit dem Vicevorsteher gestern schon mündlich dem Herrn Staatsminister von Carlowitz erklärt habe, daß die Beforgniß vor Unruhen bereits geschwunden gewesen, durch die Maßregeln der Regierung aber erst wieder hervorgerufen worden sei. Dabei will D. Wigand die Erklärung zu Protokoll genommen haben, daß es einen schrecklichen Eindruck gemacht habe, daß die Regierung in demselben Augenblick in Leipzig aufträte, als Leipzig mit Soldaten cerant sei, und daß dieses Mißtrauen durch nichts gerechtfertigt sei. Solle das heißen, daß wir nun keine politischen Reden mehr halten sollten, so werde er sich nicht abhalten lassen. Das zu sagen, was der Regierung helfen könne; aber eine solche Behandlung hätte Leipzig nicht verdient. Ad 4: Sowohl vom Stadtrathe durch einen öffentlichen Aufschlag, als auch in der letzten Sitzung der Stadtverordneten ist davon abgemahnt worden. Weitere Garantien können von dem Collegium weder verlangt noch gegeben werden.

Endlich beschließt man noch, den gestrigen Antrag Dr. Stephani's: daß die Regierung die Truppen um Leipzig sofort zurückziehen möge, als einen ausdrücklichen Antrag der oben gegebenen Antwort beizusetzen, und zur Motivierung auszusprechen, daß die Ruhe der Stadt durch nichts mehr werde gesichert werden, als wenn man diese Truppen zurückziehe.

München, den 9. März. Zu unserm nicht geringen Erstaunen erfuhren wir heute Vormittag, daß die Gräfin Landsfeld gestern Nachts hier ankam (?), heute Morgens vor Tagesanbruch aber die Stadt, wohl nicht freiwillig, wieder verlassen hat. Wenn das Publikum gestern Abend schon erfahren hätte, daß die Gräfin angekommen, so würden Demonstrationen gegen dieselbe kaum zu vermeiden gewesen sein.

München, den 9. März. Schon am 1. März hatte der Fürst v. Leiningen folgende Zuschrift an den König erlassen: Drangvollere und für die nächste Zukunft bedrohlichere Umstände für das Königthum und somit für unser ganzes deutsches Vaterland, als jetzt, haben lange nicht — vielleicht nie — bestanden. Nur in dem völligen Vertrauen zwischen König und Volk im weitesten Sinne ist Rettung vor dem namenlosen Steud möglich, welches uns bedroht. Der Allmächtige hat in Sw. Maj. Hand den Scepter des größten ausschließlich deutschen Reichs gelegt, mächtig durch die treuen und kräftigen Volksstämme, welche es einschließt, und durch seine geographische Lage. Jeder Beschluß, den Sw. Maj. fassen, entscheidet jetzt über das Wohl und Weh von ganz Deutschland. Gerade in diesem kritischen Zeitpunkte ist das Vertrauen aller Klassen Ihrer Unterthanen in Sw. Majestät auf das tiefste erschüttert; es ist dieses das wahrhaft hochverrätherische Werk jener Creaturen, welche noch jetzt zwischen Sw. Maj. sich drängen, namentlich aber, daß ein Mann wie Ministerverweser v. Berks, welchen die öffentliche Meinung mit tiefer Verachtung beladet, weil er selbst Jene verrathen hat, auf deren Schultern er emporgestiegen ist, Sw. Maj. noch als Rathgeber zur Seite steht. Schwerlich ist jemals ein erhabener Monarch mit mehr Lug und Trug umstrickt worden als Sw. Maj., nie ein edleres Herz zu verwerflichen Zwecken gemißbraucht. Sw. Maj. sind vollständig über die Ursachen getäuscht, durch welche jene Unzufriedenheit und Erbitterung hervorgerufen worden, welche Sw. Maj. so tiefen und gerechten Kummer verursacht haben. Wäre es mir gegönnt, Sw. Maj. zu nahen, so würde ich so lange auf meinen Knien zu Sw. Maj. stehen, bis Sie jene Maßregeln ergriffen hätten, welche das jetzt so ganz unentbehrliche Vertrauen wieder herstellen könnten. Noch ist es Zeit. Möge der allmächtige Gott Sw. Maj. Ohr nicht gegen die Stimme der Wahrheit verschließen. Wenn ich hier Sw. Maj. ganz unerschrocken Dinge ausspreche, wozu, wie mir scheint, sonst Niemand den Muth hat, so bin ich doch ganz unbesorgt, daß Allerhöchst-Sie an der Reinheit meiner Absicht nicht zweifeln können, allein auch an meiner Einsicht können Sw. Maj. nicht zweifeln, denn ich behaupte dreist, im Namen von ganz Baiern zu sprechen. Ich stehe zu Sw. Maj. im Namen jenes theuren Gesamt Vaterlandes, dessen Könige Sw. Maj. einer sind und für welches Sie schon so große Thaten gethan.

München, den 11. März. Die Frau Erb-Großherzogin von Hessen und bei Rhein, königliche Hoheit, ist gestern Abend nach Darmstadt zurückgekehrt. Freiherr von Thon-Dittmer hat heute Vormittag das Portefeuille des Innern übernommen.

Eine Deputation des Magistrats und der Bürgerschaft begab sich gestern Nachmittag in die königl. Residenz, um Sr. Maj. dem König Namens der Stadt die Gefühle ihres unbegrenzten Dankes auszusprechen. Der Monarch empfing die Deputation auf die freundlichste Weise und besprach sich längere Zeit mit der-

selben. Heute Abend erwartet man Ihre Majestäten den König und die Königin im Hof-Theater, wo ein festlicher Empfang stattfinden wird. Am nächsten Sonntag wird die ganze Stadt festlich geschmückt werden, und am Abend soll allgemeine Beleuchtung stattfinden.

Auch die hiesigen Künstler haben sich zu einem Frei-Corps vereinigt.

Wie man hört, ist heute an den Bayerischen Bundestags-Gesandten in Frankfurt von hier die Instruktion ergangen, eine unverzügliche Revision der Bundes-Acte zu beantragen und kräftigst zu unterstützen.

Karlsruhe. — In der Sitzung der Kammer der Abgeordneten am 10. März wurde nachstehender Gesetz-Entwurf vorgelegt: „Leopold, von Gottes Gnaden, Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen. Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen wie folgt: §. 1. Die sämmtlichen Feudalrechte, über deren Beseitigung nicht schon besondere Gesetze ergangen sind, werden hiermit für aufgehoben erklärt. §. 2. Eine billige Entschädigung der Berechtigten wird durch besondere Gesetze nachträglich bestimmt werden. So weit eine Berechtigung nicht einen privatrechtlichen Entstehungsgrund hat, kann die Entschädigung nur aus der Staatskasse bezahlt werden.“

Se. Königliche Hoheit der Großherzog hat an den Bürgermeister von Karlsruhe, Daler, ein Handschreiben gerichtet, mit dem Auftrage, der Einwohnerschaft für ihren Sinn für Ruhe und Ordnung zu danken. Der Bürgermeister erhielt den Zähringer Löwen-Orden.

Kassel. (Fr. 3.) In Hanau wurden am 10. März Abends die Thore verbarrikadirt; das Militair hatte die Stadt verlassen. Von Steinau, Schlüchtern und Gelnhausen waren Deputationen eingetroffen, welche ihren Beitritt zur Volks-Kommission erklärten.

Kassel, den 10. März. So eben verbreitet sich in unserer Stadt das Gerücht, daß Oberbürgermeister Eberhard zum Minister des Innern, Oberbergdirektor Schwedes zum Finanzminister und Obristlieutenant Weiß zum Vorstand des Kriegsministeriums ernannt worden. Außerdem soll der Geh. Kabinetstath Abbe, auf den Wunsch der hiesigen Bürgerschaft aus dem Ministerium getreten sein.

Augsburg, den 8. März. Es hat sich heute hier die Nachricht verbreitet, daß unsere zweite Armee-Division mobil gemacht und die dritte und vierte Division Befehl erhalten werde, zur Grenzbeobachtung abzumarschiren.

Frankfurt a. M., den 9. März. In unserer Stadt, in Nassau und in dem Großherzogthum Hessen ist es vollkommen ruhig, dagegen noch große Aufregung in dem nahen Kurhessen, besonders in Hanau. Unter dem Schutze der theils von außen gekommenen bewaffneten Masse hat sich aus 24 Bürgern eine Art provisorische Regierung gebildet. Die von Kassel und Fulda gekommenen Truppen sollen einweilen in den Ortschaften von Hanau Posto gefaßt haben. Es ging gestern wieder eine Deputation von Hanau nach Kassel ab. Die bis dahin vom Kurfürsten gefaßten Entschließungen genügen dem Volke nicht. An der Börse werden bis jetzt nur wenige Course notirt.

Die zweite aus Hanau nach Kassel abgeordnete Deputation hatte, nach dem Frankf. Journal, dem Kurfürsten die Alternative gestellt, entweder binnen drei Stunden die gestellten Forderungen zu billigen, oder sich des Abfalls der Stadt Hanau von Kurhessen und des Anschlusses derselben an das Großherzogthum Hessen zu gewärtigen.

Würzburg. — Zur Dämpfung von ausgebrochenen Unruhen in Aschaffenburg werden diesen Nachmittag 125 Mann unserer Garnison per Dampfboot dorthin abgeschickt. — Der gestern berichtete Brand in Niederstetten ist dahin zu berichten, daß nur ein Nebengebäude des Schlosses eingäschert worden ist.

Oesterreichische Staaten.

Wien, den 10. März. (Wien. 3.) Im Angesichte der wichtigen Begebenheiten der jüngst verfloffenen Zeit finden Se. Majestät der Kaiser sich verpflichtet, sich über Ihre Stellung zu dem, was geschehen ist und was nach den Rathschlüssen der Vorsehung die Zukunft bringen mag, offen auszusprechen. Se. Majestät erwarten, daß ihre Worte irrige Begriffe berichtigen und Mißdeutungen vorbeugen werden, welche unnötige Besorgnisse erregen könnten. Die Regierungs-Veränderung, welche in Frankreich vor sich gegangen ist, betrachten Se. Maj. als eine innere Angelegenheit jenes Landes. Oesterreich ist fern von jeder Absicht, mittelbar oder unmittelbar, auf die dortigen inneren Verhältnisse einzuwirken. Se. Maj. der Kaiser erkennt es für seine Pflicht, innerhalb Seiner Länder die Institutionen des Staates und das Recht zu schützen, und die Wohlfahrt der Ihm anvertrauten Völker zu befördern. Diese Verpflichtung wird Er auch in der gegenwärtigen politischen Lage der Welt, in ihrem ganzen Umfange zu erfüllen wissen. — Sollten jedoch wider Erwarten die bestehenden Europäischen Verträge verletzt, oder die Grenzen entweder der eigenen Staaten oder die des Deutschen Bundes, feindlich bedroht werden, so wird Se. Maj. der Kaiser mit allen von der Vorsehung Ihm verliehenen Mitteln, einen solchen Friedensbruch zurückweisen. Es ist der Wille Sr. Majestät, in diesem ersten Zeitpunkte dafür kräftigst zu sorgen, daß Oesterreich sich nach innen stark, nach außen gesichert und geachtet fühle. Se. Maj. werden aber auch eben so eifrig darüber wachen, daß keine Bestrebungen zum Umsturze der rechtlichen Ordnung stattfinden, die Sein von Gott gesegnetes Reich in einen Zustand von Zerrüttung versetzen könnten, der es als leichte Beute den Angriffen jedes Feindes überliefern würde. Für diese allein dem Wohle Seiner Unterthanen gewidmeten Zwecke, zählt Se. Majestät der Kaiser auf das Vertrauen und die kräftige Mitwirkung der getreuen Stände Seiner Reiche so wie aller Klassen Seiner Unterthanen, denen

die Aufrechthaltung der gesetzlichen Ordnung am Herzen liegt und die sich die Fähigkeit bewahrt haben, inmitten einer vielfach bewegten Zeit, die Folgen zu ermessen, zu denen der entgegengesetzte Weg unausbleiblich führen würde.

Die Augsb. Postztg. läßt sich aus Wien schreiben, man sehe dort täglich der Verkündigung einer Verfassung nach dem Muster der Preussischen entgegen,

Frankreich.

Paris, den 11. März. Alle hiesigen Kaufleute sind auf Freitag zusammenberufen, um sich über folgende Punkte zu berathen: 1) Um sich über die Mittel zu berathen, wie den heutigen Schwierigkeiten der Handelskrisis abzuhelfen sei; 2) die Ostrofrage schnell zu berathen; 3) die Verhältnisse der Eigenthümer mit ihren Miethsleuten zu ordnen; 4) alle dringenden Handels-Interessen zu erwägen und 4. Abgeordnete aus ihrer Mitte zu wählen und alle diese Fragen der Entscheidung der Nationalversammlung anheimzugeben. — Durch Beschluß des provisorischen Gouvernements ist Personenhaft für Schulden bis zur Entscheidung der Nationalversammlung darüber suspendirt.

Es heißt, daß die Gescheidung wieder gesetzlich eingeführt werden soll. — Alle Mitglieder des provisorischen Gouvernements werden als Kandidaten für die Wahlen aufgestellt werden. Unter den Kandidaten nennt man ferner schon: Lamennais, Lacordaire, Beranger und Montalembert.

Prinz Peter Napoleon ist jetzt hier und will in das Heer eintreten, wenn man es ihm erlaubt. — Prinz Paul von Württemberg hat, wie man versichert, sein ganzes Vermögen verloren; er hat Paris verlassen.

Es herrscht unter den Blättern im Ganzen ein guter Geist, der sich von Extremen fern hält. In einem Klub erlaubte sich ein Individuum zu Gunsten des Regime von 1793 zu sprechen, und meinte, man müsse hier in Paris mindestens drei Tausend Köpfe fallen lassen. Das Auditorium, das zumeist aus Arbeitern bestand, gerieth dermaßen in Wuth, daß man ihn hinausjagte, und auf die Polizei-Präfectur führte, damit man ihn unschädlich mache.

Zu Metz gab es den 6. März Lärm in einem Regimente. Die Soldaten eines Regiments lehnten sich gegen ihren Oberst auf, der 1834 bei dem Aufstand in Lyon dort in Besatzung gewesen. Schon bei der Heerschau am 18. Februar wurden Manifestationen gegen ihn laut und die Artilleristen der Nationalgarde riefen: „Nieder mit dem Körper von Lyon.“ In der Kaserne des Regiments wurde es Abends so bunt, daß der General-Lieutenant sich hinbegeben mußte. Man verlangte von ihm die Entlassung des Obersten und auf das Versprechen, daß er das Gesuch in Erwägung ziehen wolle, stellte sich die Ordnung wieder her. Als aber folgenden Morgens noch keine Entscheidung des Gouvernements eingetroffen und beim Appell der General nicht erschien, ließ man den Oberst nicht zu Worte kommen. Der Ruf: „Nieder mit ihm,“ ertönte. Bürger und Nationalgardisten nahmen daran Antheil und der Oberst mußte sich zurückziehen, da er sogar mit Thätlichkeiten bedroht wurde. Der General war endlich gezwungen, den Oberst nach Paris zu schicken und dem Oberst-Lieutenant das Kommando des Regiments zu übertragen. In dem zweiten Linienregiment fand eine ähnliche Demonstration gegen den Oberst Statt, dem man nichts anders vorwerfen konnte, als daß er sehr streng im Dienst ist; er kam seiner gezwungenen Entlassung dadurch zuvor, daß er freiwillig dem Oberst-Lieutenant die Fahne ins Haus schickte.

Großbritannien und Irland.

Die Nachrichten aus Glasgow lauten widersprechend. Während die Times berichten, daß es der Polizei, von zahlreichen Constabler-Corps und Truppen aus Edinburgh unterstützt, gelungen sei, neue Störungen der Ordnung zu verhüten, haben nach anderen Mittheilungen die Unruhen am Dienstag Abend wieder begonnen und haben die Truppen Feuer gegeben. Gewiß 500 Gaslaternen sind zertrümmert, in ganzen Straßen gibt es kein einziges Fenster mehr, und eine Menge von Waffen-, Bäcker- und Juwelen-Läden sind geplündert. Sämmtliche Nachrichten stimmen übrigens darin überein, daß diese Unordnungen keinerlei politischen Charakter haben. Auch hier hat man übrigens die alte Erfahrung sich bestätigen sehen, daß eine Englische Emeute gegen die Truppen nicht Stand hält. Ueberall, wo die bewaffnete Macht sich zeigte, liefen die Ruheförder davon.

Das Unterhaus hat sich in seiner heutigen Sitzung ausschließlich mit der von Hrn. Ghisholm Anstey eingebrachten Bill über die Abschaffung der den Katholiken als solchen angedrohten Strafen beschäftigt. Die Maßregel ist von Seiten der Anglikanischen Partei auf starken Widerstand gestoßen, aber ihre Hauptbestimmungen sind sämmtlich durchgegangen.

In der gestrigen Sitzung des Hauses hielt Sir R. Peel eine Rede, in welcher er das Prinzip der Einkommen-Steuer vertheidigte und auf die Beibehaltung derselben in ihrer gegenwärtigen Form auf weitere 3 Jahre drang.

Schweden.

Zürich, den 6. März. Unter den hiesigen Arbeitern werden bereits Unterschriften gesammelt, um Herabsetzung der Arbeitszeit zu erwirken.

Italien.

Mailand, den 6. März. Hier weiter nichts Neues in Politik. Eine Todtenstille in Geschäften und auch in den Carnivalsbelustigungen. Mißvergüngen, Murren und kränkende Demonstrationen — aber von ungefährlicher Art.

Wir erhalten so eben Mailänder Blätter bis zum 6. März. Die Stadt scheint ruhig zu sein, wenigstens erwähnt die „Gazzetta di Milano“ mit keiner Silbe irgend eines erheblichen Vorfalles im Lombardisch-Venetianischen Königreich, während sie die Dekrete der republikanischen Regierung in Frankreich vollständig mittheilt. — Die neuesten Turiner Zeitungen enthalten die Constitution. Die

beiden Kammern sollen alljährlich sich versammeln. Der Senat besteht aus einer unbeschränkten Zahl von Mitgliedern, die der König für Lebenszeit ernannt. Die Deputirten werden auf fünf Jahre gewählt. Freiheit der Presse ist garantirt. Die Minister sind verantwortlich.

Genua, den 5. März. Die Jesuiten sind ins Nobensische gebracht worden. Ihr Palast ist nun der Bürgergarde eingeräumt. Die provisorische Nationalgarde besteht vor der Hand nur aus Freiwilligen der höchsten Klassen, Abel u.; sie wird aber nun unverzüglich organisiert und soll die Ruhe und Sicherheit erhalten; auch die hiesigen Fremden sind für dieselben aufgeboten. Um dem Volke zu beweisen, daß man Eingriffe ins Eigenthum nicht gestattet, sind alle Leute die Geld, Meubles u. aus dem Jesuitenkollegium entwendeten, eingezogen worden und werden vor Gericht gestellt. Am andern Morgen kamen Bauern vom Lande, über die Plünderung des Jesuitenklosters erbittert, mit Prügeln in die Stadt, um die Genueser zu züchtigen. Die Bürgergarde beruhigte sie. — Im Uebrigen ist große Aufregung und Spannung in den Gemüthern, und es läßt sich nicht läugnen, daß die Französischen Ereignisse die Lage der Dinge in den Italienschen Staaten vollständig verändert haben. Es ist in keinem der Staaten mehr ein Steuermann, der den Lauf der Dinge nach seinem Willen zu lenken vermöchte, und Alles geht mit dem Strome der Ereignisse. Was gestern befriedigt hätte, wird heute nicht mehr genügend gefunden; es regt sich das Gefühl: „Wir werden erlangen, was wir wollen.“ Kein Schwerpunkt ist mehr da, und der Anker unserer Hoffnungen bleibt der, daß der gebildete, im Grund der wohlmeinende Theil der Bevölkerungen das Heft in der Hand hat und hoffentlich behalten wird. Es wird übrigens Vieles oder Alles von der weiteren Entwicklung der

Dinge in Paris abhängen. — Die Ereignisse in Messina sind für die Betheiligten von großer Wichtigkeit; denn der Betrag der Waarenvorräthe im Freihafen mag wohl nahe an eine Million Franken gehen; wie viel davon abgebrannt war, konnte Niemand wissen; es wurden Anfangs von Seiten der Stadt Leute zum Löschen hergeschickt, der Bombenregen ließ aber keine Hülfe zu.

Theater.

Dienstag den 14ten d. sahen wir auf unserem Theater zum ersten Male die in Berlin wohl schon über 50 Mal zur Aufführung gekommene Posse mit Gesang „Einmalhunderttausend Thaler“. Ueber den Inhalt läßt sich wenig sagen, doch ist der hier nur Nebensache; das ganze Interesse beruht auf der Staffage, die allerdings von der Art ist, daß sie das Publikum in eine ungeheure Heiterkeit versetzen muß. Die hiesige Aufführung der Posse war in jeder Beziehung ausgezeichnet, denn Charakterisirung und Masken waren so gelungen, daß darüber die allgemeinste Zufriedenheit durch fortwährenden Applaus und fast ununterbrochenes Lachen sich aussprach. Die Hauptpersonen, an welche der Faden der Geschichte sich knüpft, Kalau und Tochter (Hr. Röckel und Fräul. Clausius), so wie Wandel (Hr. Goppe) waren gut, doch treten ihre Rollen mehr in den Hintergrund. Ausgezeichnet in jeder Beziehung war Herr Vork als Börsenspekulant, und ihm würdig zur Seite stand Herr Wösch. Dasselbe müssen wir von Herrn Meisel als „Stullmüller“ sagen, dessen Kostüm im 2ten Akt unübertrefflich war; auch sein Spiel und Gesang waren von drastischer Wirkung. Ungeheuren Beifall erndete ferner, und zwar mit Recht, Herr Puntner als „Kullrig“, dessen Einsatz, den Griechischen Hofkünstler aus Patschkau zu copiren, dem Publikum großen Spaß machte. Auch Fräul. Zitt (Wilhelmine), so wie Herr Dir. Vogt, als Balldame kostümiert, erhöhten die Heiterkeit des Abends wesentlich. Es läßt sich wohl vorausschn, daß diese Posse auch bei uns noch Furore machen wird.

Stadttheater zu Posen.

Donnerstag den 16. März zum Zweitemale: Einmalhunderttausend Thaler; Posse mit Gesang in 3 Akten von D. Kalisch. Arrangement der Musik vom Königl. Musik-Direktor Hrn. Gährich.

Adress-Kalender für Posen.

Das vollständige Erscheinen des Adresskalenders ist der umfangreichen Arbeit halber erst in einigen Wochen möglich; um dem Publikum jedoch den eigentlichen Wohnungs-Anzeiger nicht länger vorzuhalten, so habe ich den bis jetzt fertigen Theil brochüren lassen und stelle ergebnst anheim, gegen Zahlung des Subscriptions-Preises von 20 Sgr. oder resp. des Laden-Preises von 1 Rthlr. die erste Lieferung bei mir in Empfang zu nehmen, wogegen ich mich verpflichte, den Rest des Werkes in einigen Wochen den resp. Abnehmern nachzuliefern. — Denjenigen Herren Subscribenten, denen diese getheilte Lieferung nicht genehm ist, werde ich erst nach dem vollständigen Erscheinen des ganzen Werkes dasselbe ins Haus schicken.

Albert Schmidt, Commissions-, Nachweisungs- und Adress-Comptoir, Markt 80.

Einem bestraften Diebe sind ein Paar fast neue fahllederne Stiefeln abgenommen worden. Der Eigenthümer wolle sich hier melden.

Posen, den 10. März 1848.

Königl. Polizei-Direktorium.

Bekanntmachung.

Diejenigen Pfänder, welche in den Monaten April, Mai, Juni, Juli, August und September 1847 weder bis zum Verfalltage der gewährten Darlehne, noch 6 Monate später bei der hiesigen städtischen Pfandleih-Anstalt eingelöst worden, sollen in termino den 27sten April d. J. in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr auf dem Rathhause öffentlich versteigert werden.

Posen, den 20. Januar 1848.

Der Magistrat.

Der Webergeselle Anton Philipp, Sohn des Leinweber Philipp zu Peiskretscham, welcher vor 28 Jahren von dort nach Posen verzogen, dort in einem Salzmagazin gearbeitet haben soll, und seitdem verschollen ist, und dessen etwa zurückgelassene Erben oder Erbnehmer, werden hiermit öffentlich vorgeladen, sich binnen 9 Monaten, spätestens aber in dem auf

den 29sten September 1848 Vormittags 11 Uhr

vor dem Herrn Ober-Landesgerichts-Referendarius Hier angelegten Termine schriftlich oder persönlich in dem hiesigen Ober-Landesgerichts-Gebäude zu melden und die weiteren Anweisungen zu gewärtigen.

Wenn der Verschollene oder dessen etwa zurückgelassene Erben oder deren Erbnehmer weder erscheinen noch sich schriftlich melden, so wird der Verschollene für todt erklärt, demnächst sein Vermögen demals dann bekannten Erben desselben, oder in Ermangelung solcher der dazu berechtigten öffentlichen Behörde

zugeprochen und zur freien Verfügung verabsolgt werden. Dem Vorgeladenen werden zu seiner Vertretung die hiesigen Justiz-Commissarien Glatzel, Burow und Engelman in Vorschlag gebracht.

Ratibor, den 5. August 1847.

Königl. Ober-Landesgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Land- und Stadtgericht zu Posen, Erste Abtheilung, den 18. Oktober 1847.

Das Grundstück des Regierungs-Secretairs Constantin Kaluba, hier am Markte sub No. 60., abgeschätzt auf 12,949 Rthlr. 12 Sgr. 2½ Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Tare, soll am 31sten Mai 1848 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Die dem Aufenthalte nach unbekanntem Gläubiger, die Erben des verstorbenen Kaufmanns Vincent Rose hier, werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Auktion.

Freitag den 17ten d. Mts. Nachmittags 4 Uhr sollen auf dem Hofe des neuen Intendantur-Gebäudes, St. Martinsstraße No. 120., circa drei Schachteltrüthen Ziegelsteinstücke, welche zum Neubau nicht mehr gebraucht werden, dem Meist- und Bestbietenden gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigert werden, wozu Kauflustige hierdurch eingeladen werden.

Posen, den 13. März 1848.

Königl. Garnison-Verwaltung.

Die im Regierungs-Bezirk Bromberg und dessen Waggrowicer Kreise belegene adlige Herrschaft Swiatkowo, bestehend aus den Gütern Swiatkowo, Uscikowo und dem Zinsdorse Kaczkowo, mit einem Dominial-Areal von 6658 Morgen 159 Ruthen Magdeburgisch, worunter 2034 Morgen meist mit hartem Holz bestandener Wald, und mit circa 900 Rthlrn. jährlichen baaren Gefällen, wollen die majorennen Erben der Frau Ministerin von Breza, auf deren Namen der Besitztitel berichtigt ist, aus freier Hand verkaufen.

Die Herrschaft ist drei Meilen von Rakel und vier Meilen von Bromberg entfernt, und hat durchgängig Weizenboden.

Weitere Nachrichten sind von dem Justiz-Commissarius Kellermann in Gnesen zu erlangen.

Bekanntmachung.

Die von der Frau Anna Elisabeth Gräfin Kaczynska gebornen Fürstin Radziwill und deren Gemahl, dem Königl. Preussischen Gesandten Herrn Athanasius Grafen Kaczynski in Bezug auf die Güter Grabow, Koskow und Kalszkowice, Schildberger Kreises, mir erteilten General-Vollmachten d. d. Berlin den 22. Juni v. J. und d. d. Wien den 2. Juli v. J. sind mir abhanden gekommen. Zur Vermeidung eines Mißbrauchs dieser Vollmachten sind bereits von mir die nöthigen Maßregeln getroffen, welches ich hiermit bekannt mache.

Grabow, den 9. März 1848.

Konstantin Hoffmann.

Ein $\frac{2}{3}$ Meilen von Posen belegenes Vorwerk von 407 Morgen, einschließlich der Wiesen und Hoflage, ist bei einer Anzahlung von 3000 Thaler zu verkaufen und von George d. J. zu übernehmen. Der Rest des Kaufpreises kann auf dem Etablissement stehen bleiben. Das Nähere in der Expedition dieser Ztg.

Londoner Cold-Cream

in Flacon, à $\frac{1}{2}$ Rthlr.

bekanntlich die feinste, beste Haut-Pomade, um die Haut bei kalter Witterung vor Aufspringen und Rauheit zu sichern, und derselben vorzügliche Zartheit und Weichheit zu ertheilen.

In Posen allein ächt zu haben

bei J. J. Seine, Markt No. 85.

Mühlenstraße No. 5. a. und Mühlenstraße No. 20. sind vom 1sten April ab zwei Parterre-Wohnungen zu vermieten. Jede der Wohnungen besteht aus 5 heizbaren Zimmern, Küche, Speisekammer, Keller und Bodengelaß. Das Nähere ist zu erfragen Mühlenstraße No. 20. Parterre.

Ein alter Mahagoni-Flügel steht zu verkaufen beim Instrumentenbauer Carl Ecke, Bergstr. 8.

Ich habe mein Geschäft von Wilhelmstr. No. 8. nach der Breslauerstraße No. 6. verlegt, und empfehle ich gleichzeitig weiße Kryskall-Spiegel-Scheiben in Baroque- und Goldleisten-Rahmen eingefaßt, zu den billigsten Preisen.

Posen, den 15. März 1848.

J. Viktorius, Bergolder.

Möbelfuhrwerk nach Berlin.

Am 17ten d. Mts. geht ein Möbelwagen von Posen nach Berlin, der unter billigen Bedingungen Ladung sucht. Hierauf Reflektirende wollen sich gef. an den Kalkulator Senckel, Kl. Ritterstr. No. 307. 1 Tr. hoch wenden.

J. Dühmke, Möbelfuhrherr aus Berlin.

Wacholder-Bier ist von heute ab bei mir zu haben Breslauerstraße No. 13. — Dieses Bier ist sehr schwachhaft, gesund und sogar für verschiedene Krankheiten als Heilmittel anwendbar. Eine Portierflasche solchen Bieres kostet incl. Flasche 3 Sgr. und wird dem Ueberbringer der leeren Bouteille ein Sgr. zurückerstattet. Bei Abnahme von 12 Flaschen mit einem Male wird eine Bout. zugegeben.

Posen, den 15. März 1848.

Battowski.

Zeige hierdurch ergebnst an, daß ich neben meiner Konditorei ein Billard aufgestellt habe.

H. Jaska, früher Falbe, Krämerstr. 14.

Kirschbäume à Stück 10 Sgr.,
Pfirsich- und Aprikosen- dto. à 15 Sgr.,
Pflaumenbäume à 10 Sgr.,
Walnußbäume à 15 Sgr., und
Maulbeer-Stämmchen, das Schock 1 Rthlr.
sind im Garten zu Radojewo vorräthig.

(Hierzu ein Extra-Blatt.)

Extra-Blatt

31

N^o 64. der Zeitung für das Großherzogthum Posen vom 16. März 1848.

Patent

wegen Einberufung des Vereinigten Landtages.

Wir **Friedrich Wilhelm**, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. u.

haben im Verein mit der Kaiserlich Oesterreichischen Regierung Unsere deutschen Bundesgenossen eingeladen, sich unverzüglich zu einer gemeinsamen Berathung über diejenigen Maßregeln zu vereinigen, welche unter den gegenwärtigen schwierigen und gefährlichen Verhältnissen das Wohl des deutschen Vaterlandes erheischt, und sind entschlossen, mit allen Unseren Kräften dahin zu wirken, daß diese Berathungen zu einer wirklichen Regeneration des deutschen Bundes führen, damit das deutsche Volk in ihm wahrhaft vereinigt, durch freie Institutionen gekräftigt, nicht minder aber auch gegen die Gefahren des Umsturzes und der Anarchie geschützt, die alte Größe wiedergewinne, damit Deutschland den ihm gebührenden Rang in Europa einnehme. Welches aber auch der Erfolg dieser Unserer Bemühungen sein möge, so werden jedenfalls dadurch Maßregeln für Unsere Staaten bedingt, zu deren Ausführung Wir der Mitwirkung Unserer getreuen Stände bedürfen. Diefeshalb und weil Wir überhaupt in so großen und entscheidenden Epochen, wie die gegenwärtige, Uns nur in Vereinigung mit Unseren Ständen stark fühlen, haben Wir beschloffen, den Vereinigten Landtag auf Donnerstag den 27. April d. J. in Unserer Haupt- und Residenzstadt Berlin zu eröffnen, und beauftragen das Staatsministerium, die Einberufung desselben durch den Minister des Innern zu veranlassen, auch die sonst erforderlichen Vorbereitungen zu treffen.

Gegeben Berlin, den 14. März 1848.

Friedrich Wilhelm.

Prinz von Preußen.

Müglitz. v. Rother. Eichhorn. v. Thile. v. Savigny. v. Bodelschwingh. Graf zu Stolberg. Uhden. Frhr. v. Canitz. v. Düesberg. v. Rohr.

Berlin. Die Regierungen von Oesterreich und Preußen haben sich über ihre Stellung zu den Fragen, welche sich an die in Frankreich eingetretene Verfassungs-Veränderung knüpfen, bereits offen und deutlich ausgesprochen. Es kann Niemand darüber im Zweifel sein, daß sie, fern von jedem Gedanken einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieses Staates, eben so entschlossen sind, jede Verletzung der bestehenden Verträge mit vereinten Kräften zurückzuweisen.

Ihre weitere Betrachtung hat sich auf die gegenwärtige Lage des Bundes wenden müssen, welchem die Pflicht obliegt, in einer so tief bewegten Zeit für den äußeren Schutz Deutschlands und dessen innere Wohlfahrt Sorge zu tragen. Wenn je, so bedarf es jetzt der ganzen Weisheit der Regierungen und der ganzen Eintracht der Nation, um die Gefahren abzuwenden, mit denen das gemeinsame Vaterland bedroht ist.

Oesterreich und Preußen haben daher ihre Deutschen Bundesgenossen ersucht, sich mit ihnen ungesäumt zu einer umfassenden Berathung alles dessen zu vereinigen, was unter den gegebenen Umständen das Wohl Deutschlands erheischt. Diese Versammlung wird am 25. März zu Dresden eröffnet werden.

Beide Regierungen hegen die vertrauensvolle Erwartung, daß es auf diesem geordneten Wege gelingen werde, den wohlbegründeten nationalen Bedürfnissen zu entsprechen und diejenigen Institutionen zu sichern, durch welche Deutschland gekräftigt und erhoben, dem Auslande gegenüber aber in der ihm gebührenden Stellung unter den Europäischen Nationen befestigt werde.

Sie werden aber auch im Vereine mit ihren Deutschen Bundesgenossen eben so ernst und nachdrücklich solchen Versuchen entgegentreten, die auf die Vernichtung der rechtlichen Ordnung in Deutschland hinausgehen und im Deutschen Bunde einen Zustand von Zwietracht und Auflösung erzeugen würden, der ihn wehrlos in die Hände jedes Feindes gäbe.

Indem die Deutschen Regierungen sich zu diesem Werke vereinigen, nehmen sie für dasselbe den besseren Geist der Nation in Anspruch, die Einsicht und den Willen Aller, welche es vermögen, inmitten der Aufregungen und Täuschungen der Gegenwart auch die Zukunft ins Auge zu fassen und die Bedingungen zu erkennen, unter welchen allein eine heilsame Entwicklung des alle Deutschen Stämme umfassenden Bundes möglich ist.

Berlin den 14. März. So eben erhalten wir nachstehende Bekanntmachung:

„Die unruhige Stimmung in den Nachbarländern hat auch in unserer Stadt die Gemüther erregt und in unserer Bürgerschaft Wünsche erzeugt. Wir haben im Vereine mit den hiesigen Stadtverordneten, diese Wünsche am Throne Sr. Majestät unseres Königs niedergelegt.

Mitbürger und Einwohner Berlins! Wir kennen ja Alle das Herz und den Willen unseres Königs! Sie sind unablässig gerichtet gewesen auf die Wohlfahrt und die politische Entwicklung des Vaterlandes und vor wenigen Tagen noch haben wir die schönsten Zeichen Seines Vertrauens zu Seinem Volke erhalten. Verlassen wir daher nicht den Weg des Gesetzes und der Ordnung, halten wir uns fern von allen Schritten, die einer Mißdeutung fähig, zur Vermehrung der Aufregung und Störung der Ordnung führen könnten, und vertrauen wir, wie bisher, der landesväterlichen Weisheit unseres Königs.

Wir beklagen mit allen gut gesinnten Bürgern und Einwohnern unserer Stadt den Unfug des gestrigen Abends, welcher die Mitwirkung der bewaffneten Macht *) zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung nothwendig machte. Wir müssen daher dringend wünschen, daß Jeder von uns sich selbst und alle diejenigen, welche seiner Aufsicht unterstellt sind, von jeder Theilnahme aufregender Versammlungen fern halte, die zur Erreichung unserer Wünsche weder nothwendig, noch förderlich sein können, wohl aber nur unsere Familien großen Gefahren aussetzen müssen.

Berlin, den 14. März 1848.

Ober-Bürgermeister, Bürgermeister und Rath hiesiger königlichen Residenz.

Koblenz, den 11. März. Heute ist in Bonn eine Versammlung rheinischer Landtagsabgeordneter, um die Fragen zu besprechen, deren Erledigung bei der jetzigen zwar bewegten doch durchaus deutschen Stimmung unserer Provinz bei höchster Stelle zu beantragen sei. Man zweifelt um so weniger, daß von Seiten des Königs den Zeitbedürfnissen entsprechende Zugestehungen gemacht werden dürften, als unsere Provinz rings von constitutionellen Staaten umgeben ist, in denen die Anträge des Volkes bereits gewährt worden sind und auf diese Weise die Ruhe in der Rheinprovinz dauernd gesichert bleiben würde. Zur Bestätigung meiner gestrigen Nachricht, daß die Herzogin von Orleans in Ems gegenwärtig sei, kann ich hinzufügen, daß ein Brief von Louis Philipp aus Claremont an seine Schwiegertochter in Ems gestern eingetroffen ist. — Die Truppenmärsche dauern fort.

Frankfurt a. M., 11. März. Mit wahrer Freude vernimmt man, daß die Bundes-Versammlung Berathungen eröffnet hat, deren Resultate zur Wiederherstellung des Friedens und der Ordnung in Deutschland wesentlich beitragen werden. Die Weigerung des Kurfürsten von Hessen, die Wünsche oder vielmehr Forderungen des Volkes zu erfüllen, haben in Hanau einen Zustand völliger Empörung herbeigeführt. In der Stadt befinden sich nur noch bewaffnete Männer; wer nicht die Waffen ergreifen will, muß fort. Die Leiter der Bewegung forderten auch von dem 3. Infanterie-Regiment die Waffen. Dieses zog aber vor, die Stadt zu verlassen, und sandte seine Frauen hierher. Die Stadt verbarrikirte sich darauf, und weithin sind Freischaaren bereit, Hanau zu Hilfe zu eilen. Die Truppen können somit an einen Angriff auf Hanau nicht denken, ohne ein furchtbares Blutbad herbeizuführen. Noch aber hofft man, daß die Entschließung des Kurfürsten einem so gräßlichen Ereigniß zuvorkommen werde. Wegen der Unruhe in der Umgegend treten hier die Bürger von neuem unter die Waffen.

Frankfurt a. M., 12. März. Während gestern Abend sehr günstige und beruhigende Nachrichten aus Kassel eingegangen sein sollen, trafen heute Nacht Eskadetten von Hanau ein und brachten die Freischaaren der Umgegend in Alarm. Die Bodenheimer brachen um 5 Uhr auf und schifften sich auf dem Dampfboote nach Hanau ein. Die Fonds sind wieder im Steigen begriffen.

Frankfurt, 11. März. Aus guter Quelle kann ich Sie benachrichtigen, daß die Bundesversammlung den alten deutschen Reichsadler und die Farben des ehemaligen deutschen Reichspaniers — schwarz, roth, gold — zu Wappen und Farben des deutschen Bundes erklärt hat. Geeignete Embleme hätten sich auch gewiß nicht dazu finden lassen; denn es sind die geschichtlichen Erinnerungszeichen der tausendjährigen Einheit aller deutschen Stämme. Die Bundesversammlung ist nunmehr noch mit der Frage beschäftigt, wo und in welcher Weise diese Embleme anzubringen sind, z. B. in den Bundesfestungen, wo das neue auf Bundeskosten angeschaffte Artilleriematerial schon mit dem alten Reichsadler als Bundes-Emblem bezeichnet wird. Ebenso wird vielleicht diesen Emblemen das allgemeine Feldzeichen zu entnehmen sein, welches die Bundeskriegsverfassung für den Fall eines Bundeskrieges vorschreibt.

Mannheim, den 10. März. So eben erfahren wir, daß drei Compagnien Infanterie und eine Eskadron Kavallerie heute Morgen von hier abmarschirten. Dieselben sind, so viel man uns berichtet, nach dem Odenwalde zu marschiren bestimmt, wo die Unruhen einen bedenklichen Charakter anzunehmen drohen. Da ohne Zweifel auch für andere Landestheile der Umgegend Truppenbewegungen stattfinden könnten, so wäre eine schnelle Organisation der Bürgergarde sehr wünschenswerth. (M. J.) — Aus dem Odenwalde sind abermals Nachrichten von Unruhen eingelaufen. Den Grundherren, Amtleuten, Wucherern u. s. w. stellt sich der Haß des Volks besonders entgegen. Frhr. v. Rüd, Graf Helmstädt, Amtmann Hübsch, Achenbach u. s. w. sind flüchtig. Es sieht von den Volksfreunden zu erwarten, daß sie nutzlosen, der Sache der Volksfreiheit aber schädlichen oder gar sie schändenden Bewegungen mit aller Energie entgegentreten. (M. Ab.)

Kassel den 11. März. Nach langem Zögern und vorläufiger Zurückweisung der Deputation von Hanau hat der Kurfürst sich endlich veranlaßt gefunden, alle von dem Lande gestellten Petita zu bewilligen. Unmittelbar nach diesem entscheidenden Zugeständnisse haben die Hanauer Deputirten die Rückreise nach ihrer Vaterstadt angetreten, wo sie morgen, Sonntag, gegen 3 Uhr Nachmittags eintreffen und durch die von ihnen zu überbringende Botschaft allgemeine Freude und Beruhigung verbreiten werden.

Hanau den 11. März. (Han. Z.) So eben geht hier die zuverlässige Nachricht ein, daß sich die Stadt Fulda den hier ergriffenen Maßregeln zur Erlangung volksthümlicher Garantien vollständig angeschlossen habe, und gleiche Nachrichten treffen fortwährend auch von andern Orten in der Nähe und Ferne ein. Die Stadträthe und Einwohner von Schlüchtern, Windken, Steinau, Salmünster, Soden u. s. w. haben ihre Zustimmungserklärungen nach Hanau gesandt.

*) Nach Privatmittheilungen hat das Militair von der flachen Klinge Gebrauch machen müssen, wobei jedoch einige Verwundungen vorgekommen sind.

Aus dem Oberamt Gerabronn vom 6. März wird dem »Mercur« berichtet: Auch bei uns (in dem fürstlich hohenloheschen Städtchen Niederstetten) ist der schändliche Geist des Aufsturus gedungen. Rotten von 100 bis 150 Mann, meist Leute, die nichts zu verlieren haben, durchziehen die Straßen mit dem Rufe: »Freiheit! Gleichheit! Nieder mit Hohenlohe!« Sie dringen vor das fürstliche Schloß und die Domänenkanzlei und brennen nieder. Die Löschmannschaft drohen sie zu erschließen, im Falle sie hülfreiche Hand anlege. Sie zertrümmern Thüren und Fenster des Domänen-Kanzlei-Direktors.

Paris, 11. März. Eine Depesche aus Metz vom 5. März meldet, daß die in Saarlouis anwesenden Franzosen aufgefordert worden seien, die Stadt zu verlassen.

Die Nachrichten aus Lyon geben bis zum 6. d. Der Kommissar der provisorischen Regierung, Emanuel Arago, hat die Demolirung der Forts um Lyon, die bekanntlich nach den Arbeiter-Unruhen von 1831 und 1832 errichtet wurden, befohlen und dieselbe sogleich beginnen lassen, nur die besetzte Ringmauer bleibt stehen. Es waren übrigens in Lyon, trotz aller Anstrengungen der Behörden, die Ordnung zu erhalten, von einem Theile der Bevölkerung bis zum 3. März sehr arge Exzesse verübt und insbesondere viele Maschinen in den Fabriken zerstört worden. In der Nacht vom 2. auf den 3. März hatten sich daselbst dreihundert junge Deutsche in dem großen Kaffeehause von Paris versammelt, um über die Frage zu berathen, ob sie sofort und in Masse in ihr Vaterland zurückkehren sollten, um die Liberalen in Deutschland in ihrer Unternehmung zur politischen Wiedergeburt ihres Vaterlandes zu unterstützen. Es wurde in dieser Versammlung beschlossen, daß einige von ihnen sofort abreisen und ihre Landsleute davon in Kenntniß setzen sollten, wann der Augenblick, ebenfalls zu ihnen zu stoßen, gekommen sei. Es wurde eine Subscription eröffnet, um die Kosten der Reise derjenigen, welche sofort abreisen sollten, zu decken, und eine zweite Subscription eröffnet, um die Bedürfnisse derer zu bestreiten, welche mit ihren eigenen Hülfsmitteln an der beabsichtigten Unternehmung keinen Theil nehmen könnten.

Die Nachricht von der Ankunft des Prinzen von Joinville und des Herzogs von Numale vor Toulon soll unrichtig gewesen sein. Nach dem Toulonna is vom 7. März hätten beide Prinzen zu Algier die Republik proclamiren lassen und dann nur die Ankunft des Generals Cavaignac (der zum General-Souverneur von Algerien ernannt ist) abgewartet, um, so wie diese erfolgt wäre, sofort abzureisen. Heute ist nun eine telegraphische Depesche in Paris eingegangen, wonach sich der Herzog von Numale und Prinz Joinville am 3. März zu Algier nach Gibraltar eingeschifft hätten und in Algerien Alles ruhig gewesen sei.

In der Nähe von Toulouse hat eine Bande von 1500—2000 Uebelthätern in verschiedenen Dörfern Plünderung, Mordbrennerei und andere Uebelthaten theils verübt, theils versucht. Die Nationalgarde rückte gegen die Verbrecher aus, tödtete einige und trieb die übrigen ins Gebirge zurück. 25 wurden gefangen, denen jetzt der Prozeß gemacht wird. Der »National« dringt auf Ueberwachung, Verlesung oder Absetzung einiger Generale, weil sie unbeliebt sind und bei bevorstehenden allgemeinen Wahlen, an welchen auch das Militair Theil nimmt, die Regierung in Verlegenheit setzen könnten. — Der Antrag des republikanischen Centralklubbs auf Ernennung der Beamten und deren Absetzbarkeit zu jeder Zeit, ruft im Justizpalaste große Aufregung hervor.

Wie die Revolution denn manchem argen Sünder von seiner Strafe geholfen, so hat sie auch dem früheren Minister Teste die Thüren geöffnet. Ebenfalls sind die wegen Meineid verurtheilten Beauvallon und Ecquevilly, völlig in integrum restituirt, in Freiheit gesetzt.

Nachträglich erfährt man die Bedingungen der Kapitulation, welche zwischen den ehrenwerthen Bürgern, die sich in den Tuilerien installirt hatten, und den Behörden der Republik abgeschlossen ist. Die Räumung wurde unter der Bedingung zugesagt, daß — die Taschen der Abziehenden nicht untersucht werden dürften.

Die Bank von Frankreich hat seit einigen Tagen mehr als 20 Millionen in Baar an ihre Komptoirs in die Departements abgesandt.

London, den 10. März. Gestern Vormittag gegen 10 Uhr wurde die Ruhe in Manchester von Neuem gestört. Wenigstens 1000 Menschen versammelten sich in New-Cross, einem Theile von Manchester, wo ungefähr dieselbe Art Leute wohnt, wie in St. Giles's in London. Sie waren kaum versammelt, als ein junger Irländer unter ihnen erschien und sie aufforderte, nach St. George's-Fields zu ziehen, einem weiten offenen Raum nordöstlich von der Stadt, »wo weder ihre tyrannischen Arbeitsherrn noch deren Polizei-Myrmidonen ihnen etwas anhaben könnten.« Gesagt, gethan, indem sie ihren Weg durch Zerbrechen von Fensterscheiben bezeichneten und sich durch Hinzukömmlinge beträchtlich vermehrten. Draußen nahm der edle junge Irländer seine Rede wieder auf, die hauptsächlich hervorhob, daß die schottischen Patrioten vortreffliche höchst nachahmungswürdige Leute seien, die ihren Anspruch auf den Ehrennamen freier Männer auf die edelste Weise gerechtfertigt hätten. Darauf forderte er sie auf, die Runde durch die Fabriken u. s. w. der Stadt zu machen, die Sympathien der Arbeiter zu gewinnen, aber auf ihrem Wege kein Eigenthum zu zerstören; die Geldaristokratie müsse und werde in kurzem, zum großen Nutzen der Arbeiter und der kleinen Krämer, vernichtet werden. Nach einem jauchzenden Wivat auf die junge französische Republik zogen sie in die Stadt zurück und stürmten eine Fabrik, deren Arbeiter sich ihnen angeschlossen. So durchzogen sie den größten Theil der Stadt, bis sie gegen 4 Uhr in der Nähe der Börse von einer starken Polizei- und Militair-Abtheilung unter Anführung eines entschlossenen Officiers so derb empfangen wurden, daß sie auseinander liefen. Als es dunkel wurde, vermehrte sich ihre Kühnheit; sie griffen die Polizei an, machten die Lampen in den Straßen aus und suchten sich so gut als möglich zu bewaffnen. Der letzte telegraphische Bericht ist von 9 Uhr Abends. Um diese Zeit war die Ruhe noch nicht zurückgekehrt, die Arbeiter hatten im Gegentheil eine drohendere Haltung angenommen, indes war das Militair unter Waffen und die Obrigkeit im Stadthause versammelt.

In Liverpool ist die Ordnung nicht weiter gestört worden. Auch in Glasgow war bis gestern Mittag Alles ruhig, nur hatte man einige Besorgniß wegen der Arbeiter aus den Kohlen- und Eisenwerken von Airdrie, einer zahlreichen und tollkühnen Menschenklasse.

Freiburg. — Die Revolution zu Neuchâtel ist in Bern und Freiburg durch 101 Kanonenschüsse gefeiert worden. Gleichwohl scheint es, daß die revolutionaire Bewegung in dem Fürstenthum Neuenburg nur geringe Fortschritte gemacht hat. Man schreibt sogar von Bern, daß der Vorort Anstand genommen hat, die provisorische Regierung von Neuenburg anzuerkennen. „Es hält überhaupt sehr schwer“, heißt es in dem Neuchâtelois, „sich genaue Nachrichten über den wahren Zustand des Landes zu verschaffen. Neuchâtel, Peseux, Valengin, Les Ponts und Couvet haben ihre Zustimmung der provisorischen Regierung förmlich verweigert. Mehrere andere Gemeinden sollen, wie man sagt, dasselbe gethan haben, aber wir wissen nichts Sicheres darüber. Das Dorf Corcelles, welches sich geweigert hatte, ein Comité unter den Befehlen der provisorischen Regierung zu bilden, hat gestern seine Zustimmung erklärt, wie man sagt, auf die falsche Nachricht hin, daß Couvet nachgegeben habe. Zu Sagne war ein Beschluß der Gemeinde, der nur an die dazu Gehörigen gerichtet war, dem Comité von La Chaux-de-fonds aus Irrthum oder Ueber-eilung vorgelegt worden. Die Bewohner von Sagne glaubten übrigens, daß der Staatsrath seine Entlassung eingereicht habe und man sie mit Berner Bataillonen bedrohe. Nach den Reden der Bauern zu schließen, welche nach dem Schlosse kamen, um die Republik zu begrüßen, ist die Furcht vor einer militairischen Besetzung bei Mehreren von großem Einfluß auf ihre Entschlüsse gewesen. Im Allgemeinen müssen wir glauben, daß überhaupt die Zahl der Gemeinden, welche ihre Zustimmung zu der neuen Ordnung der Dinge gegeben haben, bis jetzt sehr unbedeutend ist.“

Madrid den 4. März. Es hieß vorgestern, die Königin Christine hätte bei dem englischen Gesandten anfragen lassen, ob sie auf geneigte Aufnahme in England rechnen könnte. Nachmittags fertigte der Gesandte einen Courier nach London ab.